



Herrn Helge Braun
 Bundesminister für besondere Aufgaben
 und Chef des Bundeskanzleramtes
 Bundeskanzleramt
 11012 Berlin

Berlin, 28. April 2020

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

wir wenden uns in tiefer Sorge um das Fortbestehen unserer Unternehmen an Bund und Länder und bitten Sie nachdrücklich um Ihre Unterstützung.

Seit Mitte März befindet sich die deutsche Wirtschaft in einer katastrophalen Ausnahmesituation. Hatten wir bis vor Kurzem noch die Hoffnung, eine allmähliche Rückkehr zur Normalität würde nach den Osterfeiertagen einsetzen, so wurden wir schrittweise auf eine Entscheidung am 30. April im Hinblick auf den 4. Mai vertröstet. Seit letzter Woche hören wir nun, dass eine weitere Verschiebung erwogen wird – eine zu viel, wie wir glauben.

Die unterzeichnenden Verbände appellieren an die Bundesregierung, am 30. April ein rasches und realistisches Einstiegsszenario aus dem Lockdown vorzulegen. Die Menschen in Deutschland und auch die Unternehmen brauchen ein klares Signal und eine positive Perspektive für ein eigenverantwortliches Leben und Wirtschaften in der Corona-Normalität.

Jede Woche, die der Lockdown weiter andauert, kostet die deutsche Volkswirtschaft einen mittleren zweistelligen Milliardenbetrag an Wertschöpfung. Keine Volkswirtschaft der Welt kann dies über Monate aushalten, ohne nachhaltigen Schaden und auch erhebliche Wohlstandsverluste hinzunehmen. Die Unternehmen erwirtschaften gemeinsam mit ihren Mitarbeitern die notwendige finanzielle Grundlage, ohne die unser Staat nicht überlebensfähig ist.

Die Politik hat zu Beginn der Krise rasch und mit Augenmaß reagiert. Sie hat mit ihren Entscheidungen ganz wesentlich dazu beigetragen, dass die Pandemie Deutschland nicht so heftig und dramatisch getroffen hat, wie dies bei anderen Ländern der Fall gewesen ist. Jetzt geht es darum, mit dem gleichen Augenmaß das wirtschaftliche Leben ab dem 4. Mai zu reaktivieren. Deutschland braucht eine klare Perspektive für den Re-Start jetzt!

Die Angst in den Unternehmen vor dem Untergang schlägt in tiefe Verzweiflung und mitunter auch in Fassungslosigkeit um, wenn existenzielle Entscheidungen im Wochentakt vertagt werden. Für viele mittelständische Unternehmen schlägt die Stunde der Entscheidung, ob sie noch hoffen können oder die Reißleine ziehen müssen. Die derzeitige Perspektivlosigkeit und das völlige Fehlen jeglicher Planbarkeit ersticken unternehmerische Kreativität und Zuversicht. So kann und darf es nicht weitergehen.

Wenn Sie am kommenden Donnerstag in einer erneuten Entscheidungsrunde zusammenkommen, brauchen die Unternehmen und damit auch die Mitarbeiter eine Perspektive und nachhaltige Signale für ein zügiges Wiederauffahren der Wirtschaft. Wir brauchen ein Konzept, um rasch deutschlandweit wieder die Kitas und Schulen zu öffnen, weil die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer darauf angewiesen sind. Deshalb bitten wir Sie, ein Regelwerk für die gesamte deutsche Wirtschaft aufzustellen, unter dessen Einhaltung die unterschiedlichen wirtschaftlichen Aktivitäten ab dem 4. Mai wieder aufgenommen werden können. Ein solches planvolles Regelwerk vorausgesetzt, werden die Unternehmen intelligente und kreative Lösungen finden, um einerseits den notwendigen Abstands- und Hygienevorschriften gerecht zu werden, aber andererseits durch die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit einen vollständigen Absturz unserer Volkswirtschaft zu verhindern.

Bitte wirken Sie am kommenden Donnerstag darauf hin, dass derart wichtige Entscheidungen für den Fortbestand zahlreicher Arbeitsplätze und Unternehmen in Deutschland nicht weiter aufgeschoben werden. Die unterzeichnenden Verbände repräsentieren zumeist mittelständische Unternehmen mit mehr als 10 Millionen Arbeitnehmern. Bitte lassen Sie unsere Unternehmen und deren Beschäftigte mit ihren Existenzsorgen nicht allein.

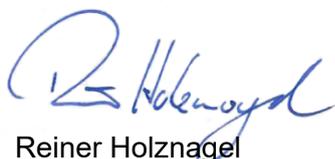
Wir zählen auf Ihre Unterstützung und danken Ihnen dafür.



Dr. Stefan Schulte
Präsident
ARBEITSGEMEINSCHAFT
DEUTSCHER VERKEHRSFLUGHÄFEN –
FLUGHAFENVERBAND –



Dietmar Wolff
Hauptgeschäftsführer
BDZV - Bundesverband Digitalpublisher
und Zeitungsverleger e. V.



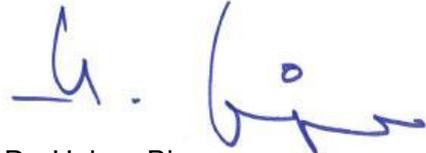
Reiner Holznagel
Präsident
Bund der Steuerzahler Deutschland e.V.



Sebastian Lazay
Präsident
Bundesarbeitgeberverband der
Personaldienstleister e. V. (BAP)



Sandra Mühlhause
Präsidentin
Bundesverband der.
Systemgastronomie e. V



Dr. Holger Bingmann
Präsident
Bundesverband Großhandel, Außen-
handel, Dienstleistungen (BGA) e. V.



Christoph Minhoff
Hauptgeschäftsführer
Bundesvereinigung der Deutschen
Ernährungsindustrie e. V. (BVE)



Guido Zöllick
Präsident
Deutscher Hotel- und Gaststättenverband
e. V. (DEHOGA Bundesverband)



Reinhold von Eben-Worlée
Präsident
DIE FAMILIENUNTERNEHMER e. V.



Uwe Kohrs
Koordinator
Die Unternehmen der Deutschen
Kommunikationswirtschaft



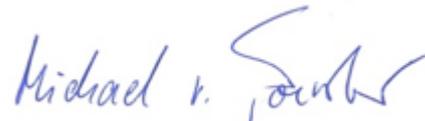
Ingeborg Neumann
Präsidentin
Gesamtverband der deutschen
Textil- und Modeindustrie e. V.



Josef Sanktjohanser
Präsident
Handelsverband Deutschland (HDE)



Franz-Peter Falke
Präsident
Markenverband e.V.



Michael von Foerster
Hauptgeschäftsführer
Verband der deutschen
Rauchtabakindustrie e. V.



Martin Ruppmann
Geschäftsführer
VKE-Kosmetikverband



Andreas F. Schubert
Präsident
Zentralverband der deutschen
Werbewirtschaft ZAW e. V.

Beteiligte Verbände:

Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen e.V. - <https://www.adv.aero>

BDZV - Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger e. V. – <https://www.bdzv.de/>

Bund der Steuerzahler Deutschland e. V. – <https://www.steuerzahler.de/>

Bundesarbeitgeberverband der Personaldienstleister e. V. (BAP) –
www.personaldienstleister.de

Bundesverband der Systemgastronomie e. V. – www.bundesverband-systemgastronomie.de

Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) e. V. –
<http://www.bga.de>

Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e.V. (BVE) –
<https://www.bve-online.de/>

Deutscher Hotel- und Gaststättenverband e. V. (DEHOGA Bundesverband) –
<https://www.dehoga-bundesverband.de>

DIE FAMILIENUNTERNEHMER e. V. – www.familienunternehmer.eu

Die Unternehmen der Deutschen Kommunikationswirtschaft –
<https://www.die-kommunikationswirtschaft.de>

Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie e. V. – www.textil-mode.de

Handelsverband Deutschland (HDE) – www.einzelhandel.de

Markenverband e.V. – <http://www.markenverband.de>

Verband der deutschen Rauchtobakindustrie e. V. – www.verband-rauchtabak.de

VKE-Kosmetikverband – www.kosmetikverband.de

Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft ZAW e. V. – www.zaw.de

Voraussetzungen für ein Hochfahren der Wirtschaft

Abstands- und Hygieneregeln einhalten

Das Hochfahren der Wirtschaft muss einhergehen mit der konsequenten Umsetzung aller Abstands- und Hygienevorschriften. Sowohl Beschäftigte als auch Kunden müssen in der Lage sein, die grundlegenden Hygieneregeln immer und überall einhalten zu können. Das betrifft sowohl das Miteinander in Geschäften, Büros und Produktionsbetrieben als auch während der Fahrt zum bzw. vom Arbeits- und Einkaufsort. Eine allgemeine Schutzmasken-Pflicht im öffentlichen Raum, beim Einkaufen und – wenn notwendig – auch beim Arbeiten können das Infektionsrisiko deutlich reduzieren. Desinfektionsmittel-Spender sollten soweit möglich und verfügbar an allen Geschäfts- und Büroeingängen zur Verfügung stehen. Um den ÖPNV zu entlasten, sollten sowohl die Büro- als auch die Geschäftszeiten sehr flexibel sein.

Schulen und Kitas

Bei rund 11 Millionen Schulkindern und rund 4 Millionen Kitakindern sind sehr viele berufstätige Mütter und Väter durch die Beaufsichtigung ihrer Kinder gebunden. Das bedeutet erhebliche Einkommensverluste bzw. massive Einschränkungen für diese Familien. Andererseits bedeutet es auch große Produktivitätsverluste für die betroffenen Unternehmen. Damit die Schulen kleinere Klassenstärken und damit den nötigen Sicherheitsabstand gewährleisten können, muss es ermöglicht werden, dass der Unterricht auch in anderen öffentlichen Räumen, in Kirchen und Gemeindehäusern stattfindet. Da sich die Lehrerzahl nicht verdoppeln lässt, sollten Schichtdienste, Unterricht in den Ferien und weitere Quereinsteiger (auf Basis von Zweijahresverträgen) geprüft werden.

Europäisch denken

Keine andere Volkswirtschaft ist so mit der Welt vernetzt wie die deutsche. Doch der Großteil unserer Importe und Exporte kommt aus und geht nach Europa. Die Shutdowns in allen Ländern Europas und die nationalen Grenzschießungen haben den EU-Binnenmarkt erheblich beschädigt. Ein Ende des Shutdowns in Deutschland hilft daher auch der Wirtschaft in unseren europäischen Partnerländern und ist ein Signal an diese Länder, selbst ein Wiederhochfahren ihrer Wirtschaft zu ermöglichen.

Keinen Generationskonflikt

Die bisherigen Corona-bedingten Todesfälle treffen zu rund 90 Prozent die über 70-jährigen. Diese Altersgruppe erwartet zu Recht vom Staat, dass er sie besonders schützt. Wenn allerdings der Staat zu viele Arbeitgeber und Arbeitnehmer hindert, mit ihrer Wertschöpfung Steuern und vor allem auch Beiträge zu den Kranken-, Pflege- und Rentenversicherungen zu zahlen, dann wird die flächendeckende Versorgung mit teuren Impfstoffen und teuren Medikamenten gegen Covid-19 nicht dauerhaft zu finanzieren sein. Ein Staat, der zu lange auf die Steuern und Sozialbeiträge der normalen Arbeitnehmer und der Betriebe verzichtet, aber stattdessen mit enormen Staatsschulden die Schäden des weiteren Shutdowns heilen möchte, wird entweder schon im kommenden Jahr weniger Geld für die Rentner, Kranken und sozial Schwachen zur Verfügung haben – oder er nimmt mit weiterer Verschuldung der jungen Generation jeglichen eigenen Gestaltungsspielraum. Wenn der Staat auf Verschuldung statt Wirtschaft setzt, tritt er unweigerlich einen Generationskonflikt los.

Rücksicht auf Senioren

Um für die besonders gefährdete Gruppe der Senioren zumindest beim Einkaufen das Infektionsrisiko zu reduzieren, sollte es an zwei Vormittagen pro Woche ein Zeitfenster geben, an dem ausschließlich Senioren die Geschäfte betreten und den ÖPNV benutzen dürfen.